

Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Christa Ammann, AL/Zora Schneider, PdA/Luzius Theiler, GaP/Seraina Patzen, JA!/Tamara Funicello, JUSO): Steiggi 69 bleibt! Kein Abriss auf Vorrat von städtischen Liegenschaften!

Seit Mitte Januar wird die Liegenschaft an der Bahnstrasse 69 von einem Kollektiv besetzt. Das Kollektiv hat schon diverse Veranstaltungen für und mit QuartierbewohnerInnen organisiert und geniesst zumindest bei einem grossen Teil der QuartierbewohnerInnen Sympathien. Es wird gewünscht, dass sie bis auf Weiteres bleiben können sollen.

Gründe, weshalb die Stadt mit der Räumung droht, werden zwei genannt: Beschwerden aus der Nachbarschaft und ein «Gefühl von Bedrohung» bei den Mitarbeitern vom ISB.

Die Beschwerden, die ins Feld geführt werden, sind jedoch kein Phänomen, dass es erst seit der Besetzung gibt: Es sind im selben Quartier auch schon Beschwerden bei der Polizei für Pingpong-Turniere von AnwohnerInnen eingegangen, welche um 22:05 Uhr noch nicht beendet waren, um an einem Beispiel zu veranschaulichen, wie rasch einzelne AnwohnerInnen offenbar zum Beschwerde-Telefonhörer greifen. Dies und angebliche Drohungen werden nun als Grund genommen, den BesetzerInnen ein Ultimatum bis am Freitag, 16.2.2018 zu stellen.

Dabei hat das Kollektiv klar Stellung zu diesem Ereignis bezogen (siehe weiter unten).

Wie sich das Zusammentreffen von den Mitarbeitern von ISB und den Menschen vom Kollektiv zugetragen hat, darüber bestehen verschiedene Versionen. Das «Gefühl von Bedrohung» als Grund für Gesprächsverweigerung von Seiten ISB und eine Räumungsandrohung¹, sollten die BesetzerInnen das Haus bis am Freitag, 16.2.2018 nicht verlassen, zeugt nicht davon, dass der Gemeinderat sich an die in der Vergangenheit gemachten Ansagen erinnern will:

Bei der Räumung an der Effingerstrasse 29 haben sich die Stadtberner Gemeinderäte beschwert, wie eskalierend das Vorgehen gewesen sei und die Öffentlichkeit wissen lassen, dass sie völlig anders reagiert hätten, hätte man sie nur machen lassen.

Ein «Gefühl von Bedrohung», davon ist die Motionärin überzeugt, lässt sich am besten mit Gesprächen und der Weiterführung des Dialoges auflösen oder klären und nicht damit, dass Gespräche verweigert werden und der Zwischennutzungsvertrags von Seiten Stadt nun verweigert wird: Das Kollektiv hat sich in der Quartierzeitung Holligen vom 12. Februar 2018 zu den Vorwürfen geäussert und klargestellt, dass es nicht Absicht war, dass sich irgendwelche Mitarbeiter von ISB bedroht fühlen und dass sie auf «gewaltfreie Konfliktlösung durch Kommunikation» setzen.

Es ist noch kaum ein halbes Jahr vergangen, seit sich der Gesamtgemeinderat in einer Antwort auf einen offenen Brief und in einer Motionsantwort folgendermassen geäussert hat: «Der Gemeinderat respektive die zuständige Direktion handeln mit Augenmass und ordnen eine polizeiliche Räumung nur als «ultima ratio» an.»

Deshalb wird der Gemeinderat aufgefordert:

1. Davon abzusehen, die Liegenschaft zu räumen und abzureissen, wenn nicht die Baubewilligung vorliegt, so dass unmittelbar nach dem Abriss mit dem Bau begonnen werden kann.
2. Die BesetzerInnen bis zum unter Punkt 1 genannten Zeitpunkt zu dulden oder ihnen einen Zwischennutzungsvertrag anzubieten.
3. Das Angebot zum Dialog der BesetzerInnen anzunehmen.

Begründung der Dringlichkeit

Das Ultimatum zum Verlassen des Gebäudes verstreicht bereits am 15. Februar, es braucht dringend eine konstruktive Lösung statt eine mögliche polizeiliche Räumung.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

¹ Man beachte den Wortteil «-drohung»

Bern, 15. Februar 2018

Erstunterzeichnende: Christa Ammann, Zora Schneider, Luzius Theiler, Seraina Patzen, Tamara Funicello

Mitunterzeichnende: Tabea Rai, Leena Schmitter, Franziska Grossenbacher, Ursina Anderegg, Lea Bill, Rahel Ruch, Katharina Gallizzi